

10. Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit durch Erleichterung des Berufseinstiegs

Dringliches Postulat Jürg Sulser (SVP, Otelfingen), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.) vom 15. Juni 2020

KR-Nr. 209/2020, Entgegennahme, materielle Behandlung

Ratspräsident Roman Schmid: Der Regierungsrat ist bereit, das dringliche Postulat entgegenzunehmen. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Wird ein Ablehnungsantrag gestellt? Das ist der Fall. Harry Brandenberger beantragt Nichtüberweisung des Postulates.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Leider ist es nicht fünf vor zwölf, sondern schon fünf nach zwölf Uhr, aber die SP hat nicht verstanden, dass wir die Uhr zurückstellen sollten. Viele Lehrabgänger haben ihre Lehre ohne Anschlusslösung abgeschlossen und sind damit zum ersten Mal mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert. Zwar können Lehrlinge ohne Wartefrist Arbeitslosenunterstützung beziehen, die Bemessungsbasis ist dabei jedoch ihr letzter Lehrlingslohn. Eine Weiterbeschäftigung zum geforderten Mindest-Bruttolohn ist in der aktuell sehr angespannten Lage vielen Unternehmen wohl nicht möglich, sonst hätten die Unternehmen den ehemaligen Lehrling gewiss fix eingestellt. Arbeitgebern ist es je nach Branche und GAV (*Gesamtarbeitsvertrag*) und der heutigen Vorschriften untersagt, Lehrabgänger mit Abschluss zu einem tieferen als dem branchenüblichen Berufslohn einzustellen, sei es auch nur kurzzeitig als Überbrückungshilfe. Für die Betriebe sollte es eine kostenmässig tragbare Lösung geben, um die jungen Berufsfachleute in ihrem Fachgebiet zu halten und ihnen ihre Chancen auf eine normale Festanstellung zu sichern. Damit erhalten die Abgänger die Möglichkeit, ihre berufliche Erfahrung auf dem Arbeitsmarkt noch zu vertiefen, und es würde vermieden, dass gut ausgebildete junge Berufsleute den Einstieg ins Berufsleben über längere Zeit nicht finden und so ein negatives Erlebnis mit sich tragen. Das Positive an diesem Anreiz-Konzept wäre, dass die Branche und deren Firmen wiederum qualifiziertes Fachpersonal behalten, das sie schon kennen, bis wieder Klarheit in schwierigen und unklaren wirtschaftlichen Situationen gefunden wird. Bitte unterstützen Sie diesen Vorstoss. Besten Dank.

Harry Robert Brandenberger (SP, Gossau): Ich möchte zuerst korrigieren: Wir haben einen Antrag auf Diskussion gestellt, weil es uns wichtig ist, dass wir hier einen Austausch zum Thema haben, wir stellten keinen Antrag auf Ablehnung. Insofern, Jürg Sulser, kann ich dich hier bereits zu Beginn meines Votums beruhigen: Auch wir werden dem Postulat zustimmen, möchten es aber nicht diskussionslos durchwinken.

Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger gehören zu den Verlierern der Konjunkturunbrüche, das konnten wir alle in der Sonntagspresse lesen. Es ist also ein eminentes Problem, mit dem wir uns gerade im Moment auseinandersetzen müssen. Das duale Bildungssystem halten wir hoch. Es ist ein Erfolgsmodell der schweizerischen Wirtschaft und eine der Säulen, auf denen unser Erfolg überhaupt basiert. Die SP unterstützt seit langem dieses duale Bildungssystem. Es ist wichtig, dass das duale Bildungssystem auch durchgängig ist. Das funktioniert sehr gut, wir haben da in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch sehr gute Lösungen gefunden. Wir sehen, am Ende kommt mit der LAP (*Lehrabschlussprüfung*) ein Bruch. Der Berufseinstieg ist nicht einfach, und hier müssen wir schauen, wie wir das Beste daraus machen.

In einer solchen wirtschaftsrelevanten Vorlage wie diesem dringlichen Postulat ist es doch mitunter interessant, wenn sich Linke, Mitte und Rechte zu so einem Vorstoss zusammenringen können. Umso interessanter war es für uns, hier etwas genauer hinzuschauen. Am besten sieht man dies am Wort «Anreiz-Konzept», ein etwas sperriges Wort. Wir haben es so interpretiert: Von linker Seite kommt wohl eher das Wort «Anreiz», das heisst für mich: ein bisschen Dirigismus, ein finanzielles Goodie, staatliches Werkzeug, allenfalls verbunden mit Kurzarbeit. Das Wort «Konzept» kommt vermutlich eher von der rechten Seite. Hier assoziiere ich Managementtool, Liberalisierung, vielleicht auch ein bisschen Papiertiger mit einer Prise McKinsey (*Unternehmensberatungsfirma*) dazu. Und jetzt der Bindestrich in der Mitte: Der kommt natürlich von der Mitte, weil sie wie immer das verbindende Element zwischen diesen beiden Lagern sind. Wenn ich das Ganze durchlese und einen Satz sehe wie, für die Unternehmen sollte es eine kostenmässig tragbare Lösung geben, um die jungen Berufsfachleute in ihrem Fachgebiet zu halten und ihnen Chancen auf eine normale Festanstellung zu sichern – Jürg Sulser hat es sehr gut auf den Punkt gebracht –, dann könnte ich das Ganze hier als Unternehmer schon sehr speziell auslegen. Ich könnte an Praktikumseinstieg, Einarbeitungszeit ohne Lohn, Krisenabzug, Probearbeiten et cetera denken. Das wollen wir nicht. Wir finden, dass junge, gut ausgebildete Leute auch die Chance kriegen sollen, nachher einen vollwertigen Einstieg ins Berufsleben zu haben. Darum haben wir auch eine gut austarierte Partnerschaft zwischen Arbeitgeberin und Arbeitnehmer, der zum Beispiel eben im Gesamtarbeitsvertrag verwirklicht ist. Also: Ein Schelm ist, der Böses dabei denkt. Hoffen wir, dass wir hier eine gute Antwort, einen guten Bericht von der Regierung kriegen, der uns zeigt, wie wir diesen Berufseinsteigerinnen einen guten und möglichst bruchlosen Einstieg ins Arbeitsleben ermöglichen. Besten Dank.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Das Postulat fordert vom Regierungsrat, ein Anreiz-Konzept zu erarbeiten, damit die Unternehmen die abgehenden Lehrlinge weiterbeschäftigen oder nicht in die Arbeitslosigkeit drängen, das zu Beginn des Einstiegs in den Beruf. Die FDP unterstützt diesen Ansatz. Die Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) hat bekanntlich ihre Schäden hinterlassen. Diese Schäden wer-

den auch mittelfristig dann noch zu sehen sein. Ich erinnere daran, dass die Sozialpartner auf Bundesebene – das sind die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände, der Schweizerische Gewerbeverband – sich bereits frühzeitig in der Lockdown-Phase, schon im März und April, dafür eingesetzt haben, dass Lernende Kurzarbeitsentschädigung beziehen können, dass die Ausbilderinnen und Ausbilder ihre Arbeit fortsetzen dürfen, dass Firmen, die in der Kurzarbeitsentschädigung sind, die Möglichkeit haben dürfen, Lernende weiter zu beschäftigen, damit diese nicht in die Arbeitslosigkeit oder in die Perspektivenlosigkeit abgedrängt werden. Jetzt geht es darum, dass quasi diese Idee, die die Sozialpartner auf Bundesebene festgelegt und gezimmert haben, auch auf kantonaler Ebene umgesetzt oder mit weiteren Inhalten gefüllt wird. Deshalb freuen wir uns von der FDP, dass der Regierungsrat diese Arbeit auf sich nehmen will und dieses Postulat entgegennehmen will. Wir sind gespannt auf den Bericht, Ansatzpunkte gibt es ja genug. In diesem Sinne sind wir für Überweisung dieses Postulates. Besten Dank.

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Geschafft! Mit dem Lehrabschluss in der Tasche wollen junge Menschen motiviert das Erlernte umsetzen. Dieses dringliche Postulat möchte trotz aktuell herausfordernder Situation Lehrabgängern einen positiven Einstieg ins Berufsleben ermöglichen.

Nicht alle Unternehmen werden in dieser wirtschaftlich angespannten Lage eine Weiterbeschäftigung zum geforderten Mindest-Bruttolohn anbieten können. Als Überbrückungshilfe sollte es daher für die Unternehmen eine kostenmässig tragbare Lösung geben, um die jungen Berufsfachleute zu halten und ihnen die Chance auf eine normale Festanstellung zu sichern. Das Positive an diesem Anreiz-Konzept ist, dass die Branche und deren Firmen wiederum qualifiziertes Fachpersonal behalten.

Für uns Grünliberale ist die Problematik unbestritten und wir befürworten auch Anreiz-Systeme für den Berufseinstieg Jugendlicher trotz herausfordernder wirtschaftlicher Lage. Allerdings soll dies nicht dazu führen, dass qualifizierte Arbeit nicht mehr angemessen entschädigt wird. Vom Anreiz in ein Ausnützen zu kippen – dessen sind wir überzeugt –, wäre auch nicht im Sinne der Postulanten.

Von Arbeitslosigkeit besonders betroffen ist das Gastgewerbe, in dem sich die Arbeitslosenquote im Vergleich mit Ende Februar trotz starker Beanspruchung der Kurzarbeit mehr als verdoppelt hat. Von der Corona-Krise stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind auch der Bau, die Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie sowie der Detailhandel. Gemäss ETH-Konjunkturforschungsstelle KOF soll sich die Binnenkonjunktur in den kommenden Monaten rasch erholen. Der Binnensektor dürfe wieder relativ rasch in die Gänge kommen. Anders präsentiere sich die Situation der Exportbranche oder des Tourismus, deren Geschäftsgang stark von der internationalen Konjunktur abhängt. Sie sind in Anbetracht der desolaten weltwirtschaftlichen Lage wohl längerfristig vor grosse Herausforderungen gestellt. Neben der Exportindustrie dürften auch exportorientierte Dienstleister verstärkt unter Druck geraten. Mit anderen Worten: Bricht der Export ein, hat

das nicht nur für Maschinenbauer Auswirkungen, sondern auch für Montagetechniker, Wartungsspezialisten oder IT-Supporter. Es ist absehbar, dass einschneidende strukturelle Veränderungsprozesse, die bereits vor der Corona-Krise wirkten, nicht nur andauern, sondern vielleicht sogar noch verstärkt werden. Die Wirtschafts- und Arbeitswelt hat sich überall so schnell und so umfassend wie lange zuvor nicht mehr verändert. Hier gilt es aufzupassen, dass durch gutgemeinte protektionistische Massnahmen Lehrabgänger nicht Opfer der Umgehung eines strukturellen Wandels werden, indem diese in Berufen festgehalten werden, welche nicht zukunftsfähig sind. So, wie die Elektrifizierung seinerzeit den Beruf des Laternenanzünders obsolet machte und dafür neue Berufsgattungen hervorbrachte, werden künftig ebenfalls Branchen verschwinden und dafür andere Berufsbilder aufkommen. Insbesondere Berufseinsteiger sind auf Agilität und Flexibilität im Arbeitsmarkt angewiesen. Dieser wichtige Aspekt darf nicht vernachlässigt werden.

Heute unterstützen wir die Überweisung des dringlichen Postulates. Mit Spannung beobachten wir jedoch, wie die Anreiz-Systeme als Überbrückung ausgestaltet werden, ohne negative Kollateralschäden zu verursachen. Besten Dank.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Wir haben bereits am 6. Juli 2020 in diesem Rat erstmals über die aktuell anspruchsvolle Situation von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern gesprochen. Wir wissen es, der Schweizer Arbeitsmarkt hat sich seit dem Corona-Ausbruch stark verändert, wenn auch in unterschiedlichen Branchen in unterschiedlicher Art und Weise. Ebenso ist die Jugendarbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Der Schweizer Bildungsökonom Stefan Wolter hat denn auch bereits im Mai auf die Berufseinstiegsrisiken der diesjährigen Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger hingewiesen und er hat die Betriebe dazu aufgefordert, wenn immer möglich ihre Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger über den Sommer 2020 hinaus zu beschäftigen. Es gibt keine Zeitschrift, die sich diesem Thema in der Zwischenzeit nicht auch angenommen hat. Sie finden Artikel dazu in der Gewerbezeitung des Schweizerischen Gewerbeverbandes, aber auch in Publikationen des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes. Auch der Schweizerische Arbeitgeberverband hat seine Betriebe zur Weiterbeschäftigung der Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger aufgerufen. Es ist – auch das haben wir bereits gehört – zentral, dass diese frisch ausgebildeten jungen Fachkräfte weitere Arbeitserfahrungen sammeln können, um sich dann anschliessend eben auch dauerhaft im Arbeitsmarkt zu integrieren. Weltweite Untersuchungen würden zeigen, gemäss Stefan Wolter, dass junge Erwachsene, wenn sie während einer Rezession in den Arbeitsmarkt eintreten, noch jahre- wenn eben nicht jahrzehntelang noch unter negativen Folgeerscheinungen leiden, wie zum Beispiel unter gehäufter Arbeitslosigkeit. Und genau diese Folgeprobleme möchten wir mit diesem dringlichen Postulat vermeiden helfen.

Die ETH verfolgt seit diesem Frühjahr mittels monatlicher Umfragen bei Betrieben die Situation von Berufslernenden und eben auch von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern. In ihrer letzten Umfrage vom August, also vor wenigen Wochen,

hat sie über 2800 Betriebe mit rund 24'000 Lehrstellen zur Situation dieser Berufslernenden befragt. 28 Prozent dieser Betriebe schätzen, dass es für ihre Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger diesen Sommer tatsächlich schwieriger werden wird, im Arbeitsmarkt Fuss zu fassen. Und 16 Prozent dieser Betriebe geben an, dass sie möglicherweise auch weniger Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger weiterbeschäftigen werden als beispielsweise im letzten Jahr.

Ja, wir Grüne sehen den Staat in der Pflicht, diesen Betrieben und den frisch ausgebildeten jungen Menschen in dieser schwierigen Arbeitsmarktsituation unter die Arme zu greifen. Unsere Jugend, aber eben auch diese Betriebe haben Perspektiven verdient. Eine Beschäftigung unmittelbar nach Lehrabschluss ist eine besonders nachhaltige Investition. Denn auch die Wirtschaft von morgen wird genau auf dieses Know-how dieser jungen Menschen angewiesen sein. Besten Dank, wenn Sie das dringliche Postulat überweisen.

Lorenz Schmid (CVP, Männedorf): Wir scheinen heute in diesem Rat liberalistisch zu sein. Seitens der CVP schätzen wir dieses Postulat aber als unnötig ein. Wir können diesem Postulat wirklich nicht viel Begeisterung abringen. Haben Sie denn die Zahlen der Arbeitslosen-Statistiken im Kanton Zürich gelesen? Ich habe diejenigen der letzten zwei Monate durchgelesen, ich hoffe, die Zahlen im August werden in den nächsten ein, zwei Tagen publiziert. Wir haben keinen Zuwachs. Wir haben einen Zuwachs bei 15- bis 19-Jährigen, der ist aber wahrscheinlich saisonal bedingt. Aber bereits bei den 20- bis 24-Jährigen haben wir eine sinkende Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsmarkt funktioniert also, ist stark, in der Schweiz ist er stark. Ich glaube, auch Zürich hat einen ganz starken Arbeitsmarkt. Ich sehe dieses Argument «fünf vor zwölf», «fünf nach zwölf», das sehe ich überhaupt nicht.

Harry Brandenberger, ich bin voll hellhörig geworden, vorwiegend über die Argumentation. Als Unternehmer selber lese ich den Satz «Eine Weiterbeschäftigung zum geforderten Mindest-Bruttolohn ist in der aktuell sehr angespannten Lage nicht allen Unternehmen möglich», das bedeutet: Wir fordern jetzt vom Staat, dass er über einen Mechanismus in den Arbeitsmarkt eindringt und diese vorgeschlagenen tieferen Löhne noch subventioniert, dass sie dann eben branchenüblich sein können. Das ist eine Argumentation, die ich weder von sozialdemokratischer Seite noch vonseiten des Unternehmertums unterstützen würde. Ich finde diese Argumentation schrecklich. Sie sollte eigentlich beidseitig abgelehnt werden.

Dieter Kläy ist gespannt auf die Antwort. Ich sage schon vorweg: Es wird daraus ein Papiertiger entstehen. Cristina Cortellini, du sprichst über ganz verschiedene Branchen, die getroffen sind. Diese werden aber über die nächsten vier, fünf Jahre getroffen bleiben. Der Flughafen Zürich, der Tourismus, sehr starke internationale Verbindungen und so weiter, die sprechen von «zurück auf den Stand von 2019 im Jahre 2024». Ihr könnt den Verwaltungsrat der Flughafengesellschaft anfragen, das sind die Zahlen. Wollen wir jetzt etwas schaffen, das wir nachher als Perpetuum für die nächsten drei, vier Jahre implementieren? Ich bin auch betroffen. Ich bin in meiner kleinen Apotheke in Zürich auch stark international und

touristisch exponiert, ich habe minus 25 Prozent beim Umsatz. Ich muss das als Unternehmer irgendwie stemmen. Ich erwarte doch nicht vom Staat, dass er mir jetzt bei einer Arbeitskraft, die ich nicht branchenüblich entlöhnen könnte, Subvention dazu gibt. Nein, ich werde wahrscheinlich ein bisschen weniger Leute einstellen, ich finde das auch durchwegs opportun. Der Arbeitsmarkt muss solche Prozesse ertragen und darf jetzt nicht strukturelle Prozesse – und da bin ich überzeugt, es sind wahrscheinlich vor allem auch Branchen betroffen, die strukturell schon immer schwach waren und die auch in den nächsten paar Jahren strukturell sowieso weiter unter Druck gekommen wären, was jetzt durch die Corona-Krise akzentuiert wurde –, bremsen wollen.

Deshalb, aus all diesen Überlegungen, aus einem Strauss von Überlegungen werden wir das Postulat und die Dringlichkeit nicht unterstützen. Ich danke Ihnen.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Der Lockdown zur Eindämmung der Pandemie hat in der Zürcher Wirtschaft tiefe Spuren hinterlassen. Alle Branchen vermelden starke Einbussen in ihrer Geschäftstätigkeit. Und das Amt für Wirtschaft und Arbeit bestätigt ebenfalls, dass die Zahl der von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen im Kanton Zürich seit März abrupt angestiegen ist. Am stärksten waren bisher die jungen Personen zwischen 20 und 30 Jahren betroffen. Konjunkturerbrüche verursachen Opfer, und Lehrabgänger ohne Perspektive auf Weiterbildung gehören klar zu ihnen. Bereits heute zeigt sich, dass sich seit Beginn der Corona-Pandemie vermehrt junge Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren anmeldeten.

Wenn es Möglichkeiten gibt, den jungen Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteigern statt Arbeitslosengeld praktische Berufserfahrungen anzubieten, sollten wir hier Hand bieten. Und Lorenz Schmid, es ist gar nicht die Rede von Subventionen. Das könnte eine Möglichkeit sein, ist aber nicht das Hauptthema in dieser Geschichte. Denn Mindestlohnregelungen temporär anzupassen ist aus unserer Sicht allemal besser, als Junge zur Untätigkeit zu verdammen und schon früh auf das Abholen von Arbeitslosengeldern zu trainieren.

Selbstverständlich muss dafür gesorgt werden, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber diese Situation nicht ausnützen. Die breite Abstützung dieses Postulates zeigt aber, dass vom Regierungsrat nicht Blankoscheine für Arbeitgeber erwartet werden, sondern Vorschläge, auf welche Weise schnell und unbürokratisch Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern bessere Perspektiven vermittelt werden können.

Wir unterstützen die Überweisung und auch die Dringlichkeit dieses Postulates und hoffen auf eine schnelle Stellungnahme des Regierungsrates. Fristen müssen ja nicht zwingend bis auf den letzten Tag ausgereizt werden.

Kaspar Bütikofer (AL, Zürich): Die Alternative Liste AL unterstützt dieses dringliche Postulat. Das Kernanliegen dieses Postulates ist richtig. Es ist so, dass in einer Krise primär die Jugendlichen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und insbesondere die Lehrabgängerinnen und Lehrabgänger, die dann keinen direkten Übergang ins Arbeitsleben finden. Ich muss aber Jürg Sulser korrigieren: Es ist

nicht so, dass die Gesamtarbeitsverträge hier stark wären. Die Sozialpartner haben das Problem der Jugendarbeitslosigkeit seit langem erkannt. Es gibt zahlreiche allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, die vorsehen, dass ein Ausbildungsbetrieb seinen Lehrabgänger oder seine Lehrabgängerin zu einem tieferen Lohn als dem Mindestlohn übernehmen kann und dass dann innerhalb von zwei oder drei Jahren der Lohn an den Mindestlohn herangeführt wird. Wir haben hier also eine flexible Lösung, die Anreiz schafft, damit der Arbeitgeber seinen Lehrabgänger, seine Lehrabgängerin übernehmen kann.

Ein Punkt fehlt in diesem dringlichen Postulat und auf den möchte ich hinweisen: Fast so schlimm wie die Jugendarbeitslosigkeit ist der Umstand, dass jemand, der beim Einstieg ins Arbeitsleben arbeitslos war, in der Regel mit einem tieferen Lohn ins Arbeitsleben starten muss, wenn er dann einen Job findet, und je nach Elastizität des Arbeitsmarktes dauert es acht bis zehn Jahre, bis man diesen Lohnrückstand aufgeholt hat und dort ist, wo man gewesen wäre ohne einen Berufseinstieg in einer Phase der Jugendarbeitslosigkeit. Ich denke, diesen Punkt müsste man dringend berücksichtigen. Aus diesem Grund wäre auch eine Lösung, bei der man sagt «Wir machen quasi eine Praktikumlösung», völlig falsch. Das würde die ganze Problematik noch vertiefen und nicht lösen. Ich sehe also eher einen Ansatzpunkt in Richtung Einarbeitungszuschüsse.

Ich kann die Kritik von Lorenz Schmid teilweise teilen, bin aber der Meinung, dass es jetzt angezeigt ist, mal die Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um hier gegen Jugendarbeitslosigkeit Massnahmen ergreifen zu können. Deshalb wird die Alternative Liste dieses dringliche Postulat unterstützen. Besten Dank.

Paul von Euw (SVP, Bauma): Ja, es ist eminent wichtig, dass unsere Lehrabgänger eine Stelle haben nach ihrer Lehrabschlussprüfung. Es ist aber auch eminent wichtig, dass weitere Arbeitnehmende ihre Stelle in der Schweiz behalten können. Und nun meine lieben Postulantinnen und Postulanten, Wasser predigen und Wein trinken ist ein Einfaches. 56'000 Leute sind im ersten Semester in die Schweiz eingewandert. 56'000 Leute, Personen, die in die Schweiz gekommen sind und eine realistische Konkurrenz zu unseren jungen Berufsleuten und zu den bestehenden Berufsleuten darstellen. Genau, es ist sehr wichtig, dass wir über die Situation sprechen, wie es ein Vorredner gesagt hat. Herr Lorenz Schmid, Sie sagen, der Arbeitsmarkt funktioniere zurzeit. Ich glaube, Sie verkennen die Situation. Sie dürfen nicht nur den Spot der Arbeitslosen anschauen. Schauen Sie den Spot der Kurzarbeitenden an und schauen Sie, wie sich die Aussichten dieser Personen verändern, was da passiert. Viele dieser Personen werden, so leid es mir für alle tut, vermutlich in Zukunft arbeitslos werden. Denn das, was heute passiert, das, was in diesem ersten Semester 2020 an Arbeit ausgeführt wurde, war vertraglich geregelt. Das Geld war gesprochen, die Konzepte und die Verträge waren unterschrieben. Jetzt, in dieser Ungewissheit, in dieser Zukunft der Ungewissheit, fehlt das Geld beziehungsweise werden Investitionsrückbehalte vorgenommen. Es wird nicht mehr investiert. Die Arbeitslosenwelle, die kommt erst auf uns zu. Das, was wir jetzt haben, ist noch kein Problem. Und genau darum: Der Export

leidet, was machen die Banken, die international abhängig sind, was machen unsere Versicherungen, wo sehr, sehr viele Leute in der Schweiz arbeiten? Wir wissen es nicht. Was wir jedoch wissen, ist: Wir lassen in einem Semester 56'000 Leute in die Schweiz und sagen anschliessend «Wir müssen unsere Jungen schützen. Ja, wir müssen unsere Jungen schützen.» Und daher erwarte ich in der Antwort des Regierungsrates zu diesem Postulat, dass wir darin neben Massnahmen auch den Einfluss der Zuwanderung im Kanton Zürich abgebildet erhalten. In dem Sinne unterstütze ich die Überweisung des dringlichen Postulates ebenfalls. Vielen Dank.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): An die Adresse von Lorenz Schmid: Ich weiss nicht, auf welcher Welt er wohnt. Es ist schön, dass du zu uns Politikern und Politikerinnen gesprochen hast, und zwar als Mitte-Partei, in Klammern (*Anspielung auf das neue Parteilogo*). Sag es den jungen Menschen, die keinen Job haben werden. Du nimmst vielen den Sinn. Willst du das wirklich? An der Schule gehen wir davon aus, dass man Lesen, Rechnen und Schreiben lernt. Und dann kommt noch etwas Zusätzliches: Verstehen. Aber ich sehe, dass hier ein Mangel davon vorhanden ist, denn niemand will Subventionen, wie du das erwähnt hast. Unterstützen Sie bitte das dringliche Postulat und zeigen Sie der Mitte mit Klammern, dass sie sich irrt.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Sie wollen ja mit dem dringlichen Postulat vom Regierungsrat ein Konzept, das zeigt, welche Anreize man für die Weiterbildung der abgehenden Lernenden setzt. Das Anliegen der Postulanten, dass Lernende nicht in die Arbeitslosigkeit fallen, kaum haben sie nach ihrem Lehrabschluss in der Berufswelt Fuss gefasst, das ist ein Anliegen, das wir von der Regierung selbstverständlich teilen. Es ist uns auch ein Anliegen, dass Lernende nach ihrer Abschlussprüfung den Anschluss nicht verpassen. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Denn junge Menschen, die eine Lehre abgeschlossen haben, sind die Fachkräfte, die die Wirtschaft von morgen braucht. Der Regierungsrat ist deshalb bereit, Ihnen die verschiedenen Möglichkeiten darzulegen und aufzuzeigen, im Sinne eines Anreizsystems und noch von Subventionen, das möchte ich hier ausdrücklich festhalten, damit wir diese Lernenden, die abgeschlossen haben, in ihrem wirtschaftlichen Fortkommen mit den richtigen Anreizen unterstützen. Wir denken dabei an bildungspolitische und -rechtliche Massnahmen, aber auch an Massnahmen des Arbeitsrechts. Und selbstverständlich ist mir klar, dass wir Ihnen – Sie verlangen einen Bericht innert kurzer Zeit, es ist ein dringliches Postulat – nicht die gesamten volkswirtschaftlichen Auswirkungen, die wir derzeit in dieser Krise haben, darlegen können. Da, kann ich Ihnen sagen, mache ich mir als Volkswirtschaftsdirektorin grosse Sorgen. Wir haben derzeit circa 34'000 Unternehmen im Kanton Zürich mit gegen 400'000 Menschen, die von Kurzarbeit betroffen sind. Fast jeder Dritte im Kanton Zürich ist von Kurzarbeit betroffen, und das ist erheblich und das macht mir Sorgen. Wir werden Ihnen in diesem Bericht vor allem aufzeigen, was die Auswirkungen auf die Jungen sind. Und da haben wir in dieser Krise auch realisiert, dass es nicht die über 50-Jährigen sind, die oft

im politischen Fokus sind, sondern dass es die Jungen sind, die stärker betroffen sind, insbesondere von Arbeitslosigkeit, als die älteren Arbeitnehmenden. Und hier hinzuschauen, das macht Sinn und ist, glaube ich, auch richtig, und Ihnen darzulegen, mit welchen Massnahmen wir diesem Thema begegnen wollen, selbstverständlich eingebettet in die Gesamtwirtschaft, aber mit dem Fokus auf die jungen Menschen, die eine Lehre abgeschlossen haben. In diesem Sinne danke ich Ihnen im Namen der Zürcher Regierung für die Überweisung dieses Postulates.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 160 : 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 209/2020 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.